

Queeres Wohnen im Alter: Wie kommen wir von Träumen zu Tatsachen?

29. Juni, 2024, Begegnungsstätte Gitschiner Str. 38, 14:00 Uhr

Workshop im Rahmen der 50. Berliner Seniorenwoche und im 3. Pride Month Berlin

Mit Jutta Brambach (RuT - Rad und Tat), Marcel de Groot (Schwulenberatung), Ulrike Haase, (Netzwerk behinderter Frauen) und Stephan Machulik (Staatssekretär für Wohnen und Mieterschutz). Auch eingeladen, aber leider verhindert, war Ulrich Schiller (Geschäftsführer der HoWoGe).



PRIDE MONTH BERLIN × **BEZIRKSAMT FRIEDRICHSHAIN-KREUZBERG**

Als Teil der 50. Berliner Seniorenwoche und im 3. Pride Month Berlin laden wir herzlich ein zu einem Workshop:

QUEERES WOHNEN IM ALTER

Wie kommen wir von Träumen zu Tatsachen?

- Wie ist der Stand der bisherigen Projekte?
- Welche Erwartungen haben wir an Politik und Verwaltung?
- Wie verbessern wir die Lage von FLINTA* auf dem Berliner Wohnungsmarkt?

Situationsberichte und Anregungen bringen ein:
Jutta Brambach, Rad und Tat Berlin gGmbH, Projektleitung Lesbenwohnprojekt
Marcel de Groot, Geschäftsführer Schwulenberatung Berlin
Ulrike Haase, Netzwerk Behinderter Frauen Berlin e.V.
Stephan Machulik, Staatssekretär für Wohnen und Mieterschutz, Senat Berlin
Ulrich Schiller, Geschäftsführer HoWoGe GmbH (angefragt)

Moderation: Dr. Antkek Engel, iQt – Institut für Queer Theory, Berlin

TERMIN: SAMSTAG, 29. JUNI, 2024, 14:00 – 16:00 UHR

ORT: BEGEGNUNGSSTÄTTE GITSCHINER STR. 38, 10969 BERLIN-KREUZBERG

Der Workshop ist kostenfrei.

Bitte melden Sie sich vorher per Telefon 030 5058 5450 an.
Das erleichtert uns die Planung. Vielen Dank.

Organisiert von Marion Dörner (BA Friedrichshain-Kreuzberg, Stadtteil- und Senior*innenangebote), Ulrike Haase (Gruppe „Von allen Ufern“) und Johannes Grüss (Mieter*inneninitiative Böcklerpark)

Moderation und Protokoll: Dr. Antkek Engel (iQt – Institut für Queer Theory Berlin)

Nach einer Vorstellungsrunde, in der die Panelist*innen die Chance hatten, den knapp 30 Teilnehmenden des Workshops einige Infos zu ihrer Person, ihrer Arbeit und dem schönsten Aspekt ihrer derzeitigen Wohnsituation zu geben (wir erfuhren von Hühnern, Balkonen und freundlichen Nachbarschaften ...), begann der erste Block der Veranstaltung.

1. Erfahrungen mit Projekten zu „Queeres Wohnen im Alter“ in Berlin

Jutta Brambach, Marcel de Groot und Ulrike Haase hatten jeweils 7 Minuten Zeit, vom Stand der queeren Wohnprojekte zu berichten, die RuT und die Schwulenberatung initiiert bzw. bereits umgesetzt haben, den Herausforderungen, die dabei zu bewältigen waren/sind, sowie den Wünschen, die sich hieraus für die Zukunft ergeben. Ulrike Haase ergänzte dies mit Verweis auf die besonderen Bedarfe von FLINTA* (FrauenLesbenNonbinärenTransInterAgender-Personen) mit Behinderung. Übergeordnetes Anliegen war es, Forderungen und Anregungen für die Berliner Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft aus queerer Perspektive zu formulieren – dabei aber auch zu verdeutlichen, was bereits gelungen sei und Freude oder Stolz begründe.

Aufgefordert, vor allem auf die Herausforderungen einzugehen, berichtet Jutta Brambach von der Umsetzung des Lesbenwohnprojektes in der Kooperation mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft WBM. Die Kooperation stellt beide Partner*innen vor Herausforderungen, die zum einen daraus resultieren, dass die WBM als kommunale Wohnungsbaugesellschaft Vorgaben des Landes Berlin unterliegt, die sie einzuhalten hat; Zum anderen viele Freiräume, die eigentlich für das Konzept des gemeinschaftlichen solidarischen Wohnens für eine queere Zielgruppe notwendig wären, nicht realisierbar sind. Grundstück und Haus sind im Besitz der WBM, RuT gGmbH wird Gewerbemietverträge für das gesamte EG und die Pflege-Wohngemeinschaft erhalten. Die Wohnungen werden direkt über die WBM vermietet, ein kritischer Aspekt, wenn es um queere Menschen geht. Wirtschaftlich bringt das Modell der Kooperation deutliche Nachteile mit sich: hohe Kosten für den Aufbau müssen aufgebracht werden. Ohne Besitz, sprich Eigenkapital, jedoch ist es kaum möglich z.B. einen Bankkredit aufzunehmen. Das Projekt wird langfristig weiter auf öffentliche Förderung angewiesen sein. Die Idee für das Lesbenwohnprojekt entstand vor ca. 15 Jahren gemeinsam mit vielen nicht nur älteren Besucher*innen des RuT. Der Bedarf, den wir erleben an gemeinschaftlichen und günstigen Wohnen auch unter dem Aspekt guter Versorgung im Alter ist enorm. Ungleiche Geschlechter- und Machtverhältnisse bilden die Grundlage für viele Hindernisse, die dem Lesbenprojekt beugen.

Marcel de Groot unterstrich die Herausforderung, die es anfangs bedeutet habe, als sozialer Träger ohne Immobilienexpertise ein Wohnprojekt umzusetzen und dabei auf Politik, Verwaltung und Finanzwesen zu stoßen, die keinerlei Erfahrungen mit queeren Menschen oder queeren Wohnformen gehabt hätten. Mittlerweile habe die Schwulenberatung aber drei Wohnprojekte erfolgreich umgesetzt (Lebensort Vielfalt: Charlottenburg seit 2012, Ostkreuz seit 2018 und Südkreuz seit 2023) Diese sind unter gänzlich unvergleichbaren Voraussetzungen entstanden– nicht zuletzt was die steigenden Grundstücks- und Investitionskosten betrifft, die jeweils notwendig waren. Die Schwulenberatung habe ganz bewusst immer darauf verzichtet, Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften einzugehen, da die entsprechenden Interessengegensätze zu viele Probleme verursacht hätten. So sei sichergestellt, dass die Schwulenberatung als Träger z. B. über die Vergabeprozesse und die Zusammensetzung der Bewohner*innenschaft eigenständig entscheiden könne – ein Prozess, der selbstverständlich immer wieder Kopfzerbrechen und

Diskussionen bedeutet habe. Dies sei aber auch das Gute, dass im Laufe der Jahre und je spezifisch für die drei Projekte ganz unterschiedliche Formen des Miteinander von schwulen, lesbischen, trans und inter Personen unterschiedlicher sozialer Herkunft erprobt werden konnte und kann. Die Bedarfe von Geflüchteten und Menschen mit Behinderung oder Pflege-/Betreuungsbedarf fänden hierbei dezidiert Berücksichtigung.

Ulrike Haase bemerkte, dass sich das Netzwerk behinderter Frauen angesichts der Schwierigkeiten, die Jutta Brambach dargestellt hat, sowie der Kostenentwicklung im Wohnungsbau und dem Mangel an Eigenkapital (im Verein und bei der Klientel) ganz sicher nicht an einem eigenen Wohnprojekt versuchen werde. Aus Haases Sicht sei es Verantwortung der Wohnungsbaugesellschaften, queere und inklusive Wohnangebote zur Verfügung zu stellen – z.B. durch das Zusammenlegen oder die Neuaufteilung von Wohnungen einer Etage in bestehenden Blöcken. Wichtig sei, die Prozesse partizipativ zu gestalten, statt Entscheidungen von oben zu treffen. Der offene, sich wandelnde Begriff FLINTA* verweise auch darauf, dass Wünsche und Bedarfe nicht ein für alle Mal feststehen, sondern immer wieder erhoben werden müssen.

Forderungen und Anregungen von Seiten des Panels für die Wohnungspolitik

Festgehalten wurden folgende Forderungen und Anregungen von Seiten des Panels für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft:

- Zentrale, resort-übergreifende Ansprechperson in der Verwaltung
- Queere Wünsche und Bedarfe als selbstverständlicher Teil der Stadtplanung
- Heteronormative Architektur und Wohnungspolitik überwinden
- Modelle gemeinschaftlichen und flexiblen Wohnens in landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften
- Abkehr vom oder Ausdifferenzierung des Losverfahrens in der Wohnungsvergabe
- Wirksame Maßnahmen zum bedarfsgerechten Diskriminierungsschutz
- Einführung des Wohnungstyps E (= einfach) in Berlin
- Ausbau von Partizipationsmodellen für Planungsprozesse
- Politische Unterstützung für Planungs- und Finanzierungsverfahren

Mit Hilfe einer Murmelrunde, bei der alle Teilnehmenden des Workshops sich in Paaren oder Kleingruppen austauschten, wurden Kommentare und Perspektiven aus dem Publikum zu dem Gehörten gesammelt und verlesen:

- Bezahlbarkeit des Wohnraums ist das Entscheidende
- In jeden Neubau sollten alternative Wohnformen eingeplant werden.
- Architektur braucht flexible Grundrisse.
- Der Umsetzungsprozess von einer kollektiven Wohnidee bis zum Einzug ist zu vereinfachen.
- Schnellere Bauphasen, kürzere Wartezeiten.
- Sowie die grundlegende Frage:
Was macht die Wohnungsfrage queerer Menschen besonders?



Foto: M. Dörner

2. Replik Stephan Machulik und Gesprächsrunde des gesamten Panels

Mit diesen Forderungen, Anregungen und Fragen starteten wir in den zweiten Block. Staatssekretär Stephan Machulik stellte sich der Herausforderung, auf die Forderungen und Anregungen der Beitragenden zu reagieren. Im Hinblick auf die Frage, was das Queere an der queeren Wohnungsfrage ausmache, erläuterte Machulik, dass es tatsächlich erst in den letzten Jahren einen Perspektivwechsel in der Politik gegeben hätte. Jahrzehntlang sei davon ausgegangen worden, dass die Politik sich an einem „Wohnen für Alle“ orientieren und die Durchmischung der Stadtteile in den Vordergrund stellen solle. Erst langsam entstehe ein Bewusstsein dafür, dass dies die Realität von Diskriminierungserfahrungen übersehe. Zielgruppengerechtes Bauen sei nicht immer überall angekommen, aber in Politik und Verwaltung gäbe es mittlerweile durchaus Fachkräfte, die sich in die Thematik von Stadtplanung und Diskriminierung und queeren Wohnbedarfen eingearbeitet hätten.

Aus dem Publikum wurde eingebracht, dass queere Wohnprojekte keineswegs per se ein Beitrag zur Lösung von Diskriminierungserfahrungen sei, sondern Diskriminierung auch verstärken könnten, weil die Bewohner*innen durch das Projekt entsprechend markiert und ausgesetzt seien. Dieses Dilemma wurde bestätigt und durch Hinweis auf vielseitige Partizipationsprozesse in der Stadtteilarbeit beantwortet. Ein gelungenes Beispiel sei das Tuntenhaus in der Kastanienallee, dessen Rettung unglaublich viel Unterstützung durch die Nachbarschaft erfahren habe; im Endeffekt aber auch einfach Glück gewesen sei. Dass sich eine Stiftung mit Zustiftung gefunden habe (und auch die gute Nachbarschaft), sei nicht die Errungenschaft der Politik, sondern des Aktivismus und der Solidarität mit dem Tuntenhaus gewesen – wobei der Senat durchaus unterstützend gewesen sei, die GEWO BAG hingegen äußerst zögerlich ob der Aussicht, evt. Verantwortung übernehmen zu sollen.

Themenblock: Umgang mit sozialer Ungleichheit

Unter dieser Überschrift entspann sich dann ein gemeinsames Gespräch der Panelist*innen. Machulik vertrat die Auffassung, dass es generell sinnvoll sei, dass die Wohngemeinnützigkeit wieder weiter auszubauen sei; die jüngst von der Regierung beschlossene „kleine“ Gemeinnützigkeit sei nicht genug. Auf Haases Nachfrage, wie denn die öffentliche Förderung von Eigentum zu rechtfertigen sei, die im FrauenLesben-Wohnen z.B. bei den Beginenhöfen zu verzeichnen sei (Eigentumswohnungen, von denen im Erbfall noch nicht einmal sicher sei, dass sie in FLINTA*-Hand bleiben), antwortete Machulik, dass die staatliche Eigentumsförderung extrem zugeschraubt worden sei (sie liege in Berlin bei 10 Mio, während die Wohnbauförderung bei 1,5 Mrd liege) (ae: Zahlen nicht überprüft). Schwieriger sei aus Machuliks Sicht, dass die Genossenschaften sich im Moment ausschließlich auf Nachhaltigkeit und klimagerechte Sanierung des Bestandes kümmern und gar kein Geld in Neubau steckten.

Bezüglich der Thematik von ungleichen Voraussetzungen und Machtunterschieden innerhalb der queeren Community wies de Groot darauf hin, dass im Projekt am Südkreuz die 50% der Wohnungen, die nicht mit WBS vergeben werden, deutlich im höheren Mietpreissegment liegen (die teuersten kosten bis € 17,50/m² nettokalt). Nur so seien die Baukosten überhaupt zu finanzieren; und immerhin ermöglichen diejenigen, die mehr zahlen können damit auch die günstigen WBS-Wohnungen. Hinsichtlich der Frage, ob es in Friedrichshain-Kreuzberg überhaupt noch neue queere Wohnprojekte geben könne oder dies nicht finanzierbar sei, herrschte weitgehend Skepsis. Allerdings, so Machuliks Hinweis, seien durchaus manche Privatbesitzer einzelner Häuser bereit, diese zu sozialen Preisen an den Bezirk zu verkaufen. Hier sei Initiative der Bewohner*innen gefragt. Und Haase unterstrich erneut die Idee, dass ja Etagen in bestehenden Blöcken der Wohnungsbaugesellschaften umgewidmet und barrierefrei umgebaut werden könnten.

Ein weiteres, heiß diskutiertes Thema war das umstrittene Losverfahren bei der Wohnungsvergabe der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften. Eingeführt mit der Absicht, Diskriminierung in der personalisierten Vergabe abzubauen, würde mit dem generalisierten Lostopf eine Diskriminierung derjenigen geschaffen, die nicht schnell und versiert genug im Umgang mit dem Online-Verfahren sind, barrierefreie Wohnungen landeten auf dem allgemeinen „Losmarkt“ und eine gezielte Unterstützung von Personen mit besonderen Bedarfen werde verunmöglicht. Es wurde gefordert, auch von Seiten des Publikums, dass das Losverfahren für enger umrissene Gruppen zu vollziehen sei. Wobei auch das Problem gesehen wurde, dass schwer zu entscheiden ist, wer diese Gruppen bestimmen könne. Selbsteinschätzung/Selbstverortung war ein Vorschlag von de Groot. Eine Person vom Netzwerk Generationenwohnen verwies auf Beteiligungsverfahren von öffentlichen „Wohntischen“. Grüß vom Mieter*innenbeirat schloss dort an und verwies auf die Fachstelle Fairmieten/Fairwohnen. Dergemäß sei es auch wichtig gezielt zu schauen, was im Lostopf eigentlich drin ist: Könnten nicht alle Wohnungen barrierefrei gebaut werden?

Abschließend wurde in dieser Runde noch einmal betont, dass Verfahren beschleunigt und Hürden – in der Verwaltung und in Kooperationsvereinbarungen abgebaut werden müssten – und Machulik sich um eine einheitliche Anlaufstelle bemühen würde. Machulik verabschiedete sich dann und nach einer Pause wurde die Veranstaltung durch einen Block des direkten Gesprächs unter Beteiligung aller Anwesenden fortgesetzt.

3. Offene Diskussionsrunde mit dem Publikum

Eingeleitet durch eine weitere Flüsterrunde in Kleingruppen oder Paaren wurden dann in einer lebhaften Diskussion, die den Veranstaltungsschluss locker um eine Viertelstunde hinauszögerte, zentrale Aspekte der Veranstaltung vertieft sowie neue Aspekte aufgeworfen. Angeregt durch die Frage nach Visionen und Wünschen bezüglich Wohnformen, Infrastruktur, Einbindung in die Stadt, insbesondere unter den Aspekten der Inklusion und sozialen Durchmischung.

Bemerkenswert war, dass auf die Frage, wer sich augenblicklich in der eigenen Wohnsituation sicher und entspannt fühlt und wer augenblicklich so wohnt, wie die Person es sich wünscht, nur jeweils drei Personen mit ja geantwortet haben. Mehrfach wurde die Angst vor Räumungsklagen geäußert oder auch die Befürchtung, dass die Wohnung mit zunehmendem Alter nicht mehr nutzbar sei (nicht barrierearm, zu hoch ohne Fahrstuhl, keine Infrastruktur...).

Generell wurde gefordert, auch Wandel von Wohnbedürfnissen und von finanziellen Möglichkeiten sowie Unterstützungs- und Pflegebedarfe stärker zu berücksichtigen, flexibel und modular zu bauen, preisgünstig und einfach zu bauen, unterschiedliche Möglichkeiten des gemeinschaftlichen und single Wohnen zu berücksichtigen... Zukunftswerkstätten seien gefragt, aber es könnten auch Architekturwettbewerbe genutzt werden – insbesondere Forschungsprojekte von Architekturstudierenden könnten Erhebungen durchführen.

Von allen Seiten wurde abschließend begeistert rückgemeldet, dass Workshops wie dieser, die Möglichkeiten zum Austausch und gemeinsamen Nachdenken bieten, wo Entscheidungsträger zuhören und Erfahrungen bzw. Einschätzungen teilen – und die nicht zuletzt auch dazu beitragen, sich der eigenen Wünsche und politischen Visionen gewahr zu werden – viel zu selten seien. Wiederholung sei gefragt!

Berlin, 04. Juli 2024


Dr. Antke Engel



Foto: M. Dörner